

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
zur Entlastung des Bundesfinanzhofs**

A. Zielsetzung

Das Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs vom 8. Juli 1975 ist am 15. September 1975 in Kraft getreten. Es hat sich bewährt, da es zur Verkürzung der Dauer der Revisionsverfahren und zur Entlastung des Bundesfinanzhofs beigetragen hat. Mit dem 31. Dezember 1980 läuft das Gesetz aus. Die Folge wäre eine Zunahme der noch immer hohen Rückstände und eine Verlängerung der Verfahrensdauer. Mit einem weiteren Anstieg der Eingänge ist zu rechnen. Bis zu der im Zusammenhang mit der Vereinheitlichung des Prozeßrechts für die Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit angestrebten umfassenden Neuordnung der Gerichtsverfassung und des Verfahrensrechts muß die weiter notwendige Entlastung des Bundesfinanzhofs sichergestellt sein.

B. Lösung

Das Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs wird bis zum 31. Dezember 1984 verlängert.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 521 03 — Bu 97/80

Bonn, den 24. April 1980

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung des Bundesfinanzhofs mit Begründung, Vorblatt und 8 Anlagen.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 485. Sitzung am 18. April 1980 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, keine Einwendungen gegen den Gesetzesentwurf zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung des Bundesfinanzhofs

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs vom 8. Juli 1975 (BGBl. I S. 1861) wird wie folgt geändert:

In Artikel 1 Satz 1 und in Artikel 2 Nr. 3 wird die Jahreszahl „1980“ durch die Jahreszahl „1984“ ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

Hohe Rückstände des Bundesfinanzhofs und eine damit verbundene lange Verfahrensdauer haben den Deutschen Bundestag veranlaßt, das Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs vom 8. Juli 1975 zu beschließen. Das Gesetz ist am 15. September 1975 in Kraft getreten. Es ist bis zum 31. Dezember 1980 befristet.

Das Gesetz hat sich bewährt. Die Rückstände, die Ende des Jahres 1974 noch 3 885 Sachen betrugten, wovon 3 265 Revisionen waren, konnten bis Ende des Jahres 1977 um mehr als 21 v. H. auf 3 056 Sachen (davon 2 640 Revisionen) herabgesetzt werden. Sie stiegen bis Ende 1979 leicht auf 3 199 Sachen (davon 2 780 Revisionen) an. Im einzelnen wird auf die Tabellen (Anlagen 1 bis 6) hingewiesen.

Das Entlastungsgesetz hat auch in Lohnsteuersachen zu angemessenen Ergebnissen geführt. Revisionen waren in diesem Bereich nach Inkrafttreten des Gesetzes nur noch selten nach dem Streitwert statthaft. Die Praxis der Finanzgerichte und des Bundesfinanzhofs bei der Zulassung der Revisionen hat den Rückgang der Streitwertrevisionen aber angemessen ausgleichen können. Der Anteil der Revisionen in Lohnsteuersachen an der Zahl der insgesamt eingegangenen Revisionen ist nur von etwa 6 v. H. auf etwa 5 v. H. zurückgegangen. Das ist in dem Erfahrungsbericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesetzes zur Entlastung des Bundesfinanzhofs auf Revisionen in Lohnsteuersachen vom 14. Oktober 1977 (Drucksache 8/1016) im einzelnen ausgeführt worden (vgl. auch das in der Tabelle Anlage 7 zusammengestellte neuere Zahlenmaterial).

Das Gesetz hat den Bundesfinanzhof nicht so nachhaltig entlastet, daß künftig auf entlastende Vorschriften verzichtet werden könnte. Die Rückstände waren Ende 1979 mit 3 199 Sachen, davon 2 780 Revisionen, noch immer sehr hoch. Die Ursache dafür liegt nicht zuletzt darin, daß die Eingänge an Revisionen, die 1976 erheblich zurückgegangen waren, seit 1977 wieder ansteigen. Sie lagen 1979 mit 1 430 Sachen nur wenig unter dem Stand von 1974 — vor Inkrafttreten des Entlastungsgesetzes — mit 1 511 eingegangenen Revisionen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Richter bei den Finanzgerichten der

Länder in den Jahren 1977 bis 1979 vermehrt worden ist mit der Folge, daß eine größere Zahl revisibler Urteile ergangen ist. Auch künftig muß angesichts steigender Eingänge bei den Finanzgerichten in den vergangenen Jahren und der dort vorhandenen Rückstände mit steigenden Eingängen auch beim Bundesfinanzhof gerechnet werden.

Die Dauer der Revisionsverfahren konnte 1978 gegenüber 1977 leicht gesenkt werden, ist aber immer noch zu lang. Die durchschnittliche Dauer betrug für Revisionen 1978 zwei Jahre und fünf Monate (1977: zwei Jahre und acht Monate). Im Jahre 1979 stieg sie wiederum an auf zwei Jahre und sechs Monate. Von den 1979 erledigten Revisionen waren anhängig (vgl. Anlage 8)

21 v. H.		bis ein Jahr
23 v. H.	ein	bis zwei Jahre
18 v. H.	zwei	bis drei Jahre
18 v. H.	drei	bis vier Jahre
20 v. H.		über vier Jahre.

Diese Verfahrensdauer ist für die Rechtssuchenden oft nicht mehr zumutbar.

Die weiter notwendige Entlastung den Gerichts soll durch eine Verlängerung der Laufzeit des Entlastungsgesetzes um vier Jahre bewirkt werden. Für diese weitere Übergangszeit soll es dabei verbleiben, daß für den Bundesfinanzhof ein besonderes Entlastungsgesetz gilt. Die Finanzgerichtsordnung soll im jetzigen Zeitpunkt nicht geändert werden. Die Bundesregierung strebt im Zusammenhang mit der Vereinheitlichung des Prozeßrechts für die Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit eine umfassende Neuordnung der Gerichtsverfassung und des Verfahrensrechts für diese Gerichtszweige an. Bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs wird geprüft, welche Vorschriften zur Entlastung der Gerichte und zur Beschleunigung des Verfahrens möglich sind. Ein Gesetzentwurf soll den gesetzgebenden Körperschaften in der nächsten Legislaturperiode zugeleitet werden. Ihm vorzugreifen, wäre nicht zweckmäßig.

Die Durchführung des vorgeschlagenen Gesetzes wird dem Bund, den Ländern und den Gemeinden keine Kosten verursachen.

Bundesfinanzhof
Zahlenmäßige Entwicklung der anhängigen Verfahren seit 1970

Jahr	Streitsache	anhängig am 1. Januar	Neueingänge	insgesamt anhängig	erledigt
1970	a) Revisionen	3 188	1 488	4 676	1 307
	b) Beschwerden u. a.	632	710	1 342	744
	c) Klagen	64	35	99	36
	insgesamt ...	3 884	2 233	6 117	2 087
1971	a) Revisionen	3 369	1 617	4 986	1 375
	b) Beschwerden u. a.	598	647	1 245	624
	c) Klagen	63	32	95	46
	insgesamt ...	4 030	2 296	6 326	2 045
1972	a) Revisionen	3 611	1 597	5 208	1 613
	b) Beschwerden u. a.	621	722	1 343	775
	c) Klagen	49	9	58	21
	insgesamt ...	4 281	2 328	6 609	2 409
1973	a) Revisionen	3 595	1 464	5 059	1 632
	b) Beschwerden u. a.	568	763	1 331	812
	c) Klagen	37	20	57	26
	insgesamt ...	4 200	2 247	6 447	2 470
1974	a) Revisionen	3 427	1 511	4 938	1 673
	b) Beschwerden u. a.	519	881	1 400	805
	c) Klagen	31	18	49	24
	insgesamt ...	3 977	2 410	6 387	2 502
1975	a) Revisionen	3 265	1 525	4 790	1 573
	b) Beschwerden u. a.	595	966	1 561	931
	c) Klagen	25	25	50	25
	insgesamt ...	3 885	2 516	6 401	2 529
1976	a) Revisionen	3 217	1 243	4 460	1 588
	b) Beschwerden u. a.	630	748	1 378	960
	c) Klagen	25	22	47	17
	insgesamt ...	3 872	2 013	5 885	2 565
1977	a) Revisionen	2 872	1 357	4 229	1 589
	b) Beschwerden u. a.	418	718	1 136	743
	c) Klagen	30	14	44	21
	insgesamt ...	3 320	2 089	5 409	2 353
1978	a) Revisionen	2 640	1 474	4 114	1 341
	b) Beschwerden u. a.	393	798	1 191	794
	c) Klagen	23	12	35	20
	insgesamt ...	3 056	2 284	5 340	2 155
1979	a) Revisionen	2 773	1 430	4 203	1 428
	b) Beschwerden u. a.	397	794	1 191	781
	c) Klagen	15	17	32	18
	insgesamt ...	3 185	2 241	5 426	2 227
1980	a) Revisionen	2 775			
	b) Beschwerden u. a.	410			
	c) Klagen	14			
	insgesamt ...	3 199			

Anlage 2

Bundesfinanzhof
Gesamtübersicht über die einzelnen Verfahrenssachen seit 1970

Anhängig	Revi- sionen	Klagen	Summe	Beschwerden und sonstige Verfahrenssachen					Ge- samt- summe
				Nichtzu- lassungsbe- schwerden	Aussetzung der Vollziehung		Andere Be- schwerden und sonstige Verfahren	Summe Spalten 5 bis 8	
					Be- schwerden	Anträge an BFH			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1970									
Jahresbeginn	3 188	64	3 252	142	173	29	288	632	3 884
Neueingänge	1 488	35	1 523	219	210	44	237	710	2 233
Erledigungen	1 307	36	1 343	183	262	42	257	744	2 067
Jahresende	3 369	63	3 432	178	121	31	268	598	4 030
1971									
Jahresbeginn	3 369	63	3 432	178	121	31	268	598	4 030
Neueingänge	1 617	32	1 649	181	192	75	199	647	2 296
Erledigungen	1 375	46	1 421	188	180	64	192	624	2 045
Jahresende	3 611	49	3 660	171	133	42	275	621	4 281
1972									
Jahresbeginn	3 611	49	3 660	171	133	42	275	621	4 281
Neueingänge	1 597	9	1 606	197	259	50	216	722	2 328
Erledigungen	1 613	21	1 634	231	205	63	276	775	2 409
Jahresende	3 595	37	3 632	137	187	29	215	568	4 200
1973									
Jahresbeginn	3 595	37	3 632	137	187	29	215	568	4 200
Neueingänge	1 464	20	1 484	169	228	59	307	763	2 247
Erledigungen	1 632	26	1 658	217	262	61	272	812	2 470
Jahresende	3 427	31	3 458	89	153	27	250	519	3 977
1974									
Jahresbeginn	3 427	31	3 458	89	149	27	254	519	3 977
Neueingänge	1 511	18	1 529	190	307	100	284	881	2 410
Erledigungen	1 673	24	1 697	165	248	74	318	805	2 502
Jahresende	3 265	25	3 290	114	208	53	220	595	3 885
1975									
Jahresbeginn	3 265	25	3 290	114	208	53	220	595	3 885
Neueingänge	1 525	25	1 550	258	313	92	303	966	2 516
Erledigungen	1 573	25	1 598	230	327	79	295	931	2 529
Jahresende	3 217	25	3 242	142	194	66	228	630	3 872
1976									
Jahresbeginn	3 217	25	3 242	142	194	66	228	630	3 872
Neueingänge	1 243	22	1 265	326	107	75	240	748	2 013
Erledigungen	1 588	17	1 605	323	230	93	314	960	2 565
Jahresende	2 872	30	2 902	145	71	48	154	418	3 320
1977									
Jahresbeginn	2 872	30	2 902	145	71	48	154	418	3 320
Neueingänge	1 357	14	1 371	388	72	73	185	718	2 089
Erledigungen	1 589	21	1 610	331	76	75	261	743	2 352
Jahresende	2 640	23	2 663	202	67	46	78	393	3 056
1978									
Jahresbeginn	2 640	23	2 663	202	67	46	78	393	3 056
Neueingänge	1 474	12	1 486	453	118	43	184	798	2 284
Erledigungen	1 341	20	1 361	442	113	57	182	794	2 155
Jahresende	2 773	15	2 788	213	72	32	80	397	3 185
1979									
Jahresbeginn	2 773	15	2 788	213	72	32	80	397	3 185
Neueingänge	1 430	17	1 447	366	84	71	273	794	2 241
Erledigungen	1 428	18	1 446	383	106	55	237	781	2 227
Jahresende	2 775	14	2 789	196	50	48	116	410	3 109

**Bundesfinanzhof
Rückstände seit 1969**

Anlage 3

Jahr	Verfahren insgesamt	Revisionen	Klagen, Beschwerden u. a.
31. Dezember 1969	3 884	3 188	696
31. Dezember 1970	4 030	3 369	661
31. Dezember 1971	4 281	3 611	670
31. Dezember 1972	4 200	3 595	605
31. Dezember 1973	3 977	3 427	550
31. Dezember 1974	3 885	3 265	620
31. Dezember 1975	3 872	3 217	655
31. Dezember 1976	3 320	2 872	448
31. Dezember 1977	3 056	2 640	416
31. Dezember 1978	3 185	2 773	412
31. Dezember 1979	3 199	2 775	424

**Bundesfinanzhof
Revisionen**

Anlage 4

Jahr	Eingegangen	Erledigt	Am Jahresende anhängig geblieben	Zahl der Senate	Zahl der Richter
1970	1 488	1 307	3 369	7	42
1971	1 617	1 375	3 611	8	47
1972	1 597	1 613	3 595	8	47
1973	1 464	1 632	3 427	8	47
1974	1 511	1 673	3 265	8	47
1975	1 525	1 573	3 217	8	47
1976	1 243	1 588	2 872	8	47
1977	1 357	1 589	2 640	8	47
1978	1 474	1 341	2 773	8	45
1979	1 430	1 428	2 775	8	45

Anlage 5

**Bundesfinanzhof
Anteil der Nichtzulassungsbeschwerden
an den Gesamteingängen**

Jahr	Gesamt- einträge	Nichtzulassungs- beschwerden	%
1970	2 233	219	9,81
1971	2 296	181	7,89
1972	2 328	197	8,46
1973	2 247	169	7,52
1974	2 410	190	7,88
1975	2 516	258	10,25
1976	2 013	326	16,19
1977	2 089	388	18,57
1978	2 284	453	19,83
1979	2 241	366	16,33

Anlage 6

Bundesfinanzhof
Anteil der Beschwerden gegen Beschlüsse
der Finanzgerichte nach § 69 Abs. 3 und 4 FGO
an den Gesamteingängen

Jahr	Gesamteingänge	Beschwerden (Aussetzung der Vollziehung)	%
1970	2 233	210	9,40
1971	2 296	192	8,36
1972	2 328	259	11,13
1973	2 247	228	10,15
1974	2 410	307	12,74
1975	2 516	313	12,44
1976	2 013	107	5,32
1977	2 089	72	3,45
1978	2 284	118	5,17
1979	2 241	84	3,75

Anlage 7

Bundesfinanzhof
Gründe, aus denen durch Urteil oder Vorbescheid erledigte Revisionen
in Lohnsteuersachen ohne Haftungsfälle statthaft waren
(Ergebnis einer Zählkartenerhebung)

	April 1972 bis März 1973	April 1973 bis März 1974	April 1974 bis März 1975	April 1975 bis März 1976	April bis Dezember 1976	1977	1978	1979
Erledigte Revisionen insgesamt ...	1 141	1 085	1 140	931	705	819	683	706
davon Lohnsteuersachen (ohne Haftungsfälle)	31	54	79	36	25	29	24	40
Von diesen Revisionen in Lohnsteuersachen waren statthaft:								
a) nach dem Wert (§ 115 Abs. 1 FGO)	3	11	23	17	6	7	6	2
b) nach § 116 Abs. 1 FGO	1	—	1	—	—	—	—	1
c) nach § 116 Abs. 2 FGO	—	—	—	—	—	—	—	—
kraft Zulassung durch das FG								
a) wegen grundsätzlicher Bedeutung	21	31	45	18	15	21	11	26
b) wegen Abweichung von einer Entscheidung des BFH	5	2	7	—	—	1	2	4
c) wegen eines Verfah- rensmangels	—	—	2	—	—	—	1	—
kraft Zulassung durch den BFH								
a) wegen grundsätzlicher Bedeutung	—	10	6	2	4	1	5	2
b) wegen Abweichung von einer Entscheidung des BFH	2	—	1	—	—	—	—	3
c) wegen eines Verfah- rensmangels	—	—	—	—	1	—	—	2

Bundesfinanzhof
Dauer der Revisionsverfahren

Jahr	bis ein Jahr	ein bis zwei Jahre	zwei bis drei Jahre	drei bis vier Jahre	mehr als vier Jahre	Durchschnitt
1972	280 (17,2 ‰)	370 (23 ‰)	282 (17,5 ‰)	324 (20,1 ‰)	357 (22,2 ‰)	33 Monate
1973	288 (17,6 ‰)	416 (25,5 ‰)	337 (20,7 ‰)	272 (16,7 ‰)	319 (19,5 ‰)	34 Monate
1974	294 (17,6 ‰)	393 (23,5 ‰)	333 (19,9 ‰)	267 (15,9 ‰)	386 (23,1 ‰)	34 Monate
1975	281 (17,8 ‰)	363 (23,1 ‰)	305 (19,4 ‰)	245 (15,6 ‰)	379 (24,1 ‰)	34 Monate
1976	275 (17,3 ‰)	393 (24,8 ‰)	331 (20,8 ‰)	176 (11,1 ‰)	413 (26 ‰)	31 Monate
1977	275 (17,3 ‰)	304 (19,1 ‰)	352 (22,2 ‰)	294 (18,5 ‰)	364 (22,9 ‰)	32 Monate
1978	349 (26 ‰)	283 (21,1 ‰)	218 (16,3 ‰)	250 (18,6 ‰)	241 (18 ‰)	29 Monate
1979	297 (21 ‰)	327 (23 ‰)	264 (18 ‰)	260 (18 ‰)	280 (20 ‰)	30 Monate

